

03.07.2015

Kleine Anfrage 3647

des Abgeordneten Frank Herrmann PIRATEN

Abschiebungen in NRW

In den letzten Wochen wurde auf kommunaler Ebene über die Abschiebep Praxis lokaler Ausländerbehörden diskutiert – am Donnerstag, dem 25.6.2015, im Düsseldorfer Stadtrat über Thema Nachtabschiebungen. Nachtabschiebungen können vor allem bei Kindern Traumata auslösen. Der Stadtrat Düsseldorf hat daher an die dortige Ausländerbehörde appelliert, dass Nachtabschiebungen weitgehend vermieden werden sollen und unangekündigte Abschiebungen abzulehnen sind.¹

In Magdeburg, der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt, gilt seit kurzem die „Leitlinie zur Durchführung von Abschiebungen und Rücküberstellungen durch die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Magdeburg“. Es handelt sich dabei laut Informationsblatt des Magdeburger Oberbürgermeisters um den „wohl bundesweit einmaligen Versuch den Prozess der Aufenthaltsbeendigung von Seiten der Verwaltung in allen seinen Zügen transparent und nachvollziehbar zu gestalten“.²

In Köln hat die Verwaltung in einer Antwort auf eine Anfrage der dortigen Piratengruppe geschrieben, dass „Abschiebungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sowie des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), ergänzt durch die aktuelle Rechtsprechung, den Verwaltungsvorschriften des Bundes zum Aufenthaltsgesetz sowie den Erlassen des Landes NRW durchgeführt (werden)“.³

Niedersachsen hat im letzten Jahr per Erlass sichergestellt, dass bei Abschiebungen grundsätzlich keine Familien mehr getrennt werden, Abschiebungen mehrfach angekündigt werden und, „soweit es möglich ist“, nächtliche Abschiebungen vermieden werden. Auch in Bremen wurden zuletzt Verwaltungsanweisungen zur Organisation und Durchführung von

¹ <http://www.stay-duesseldorf.de/category/aktuelles/>.

² http://ratsinfo.magdeburg.de/vo0050.asp?__kvonr=221101&voselect=118706.

³ <https://www.piratenpartei-koeln.de/wp/wp-content/uploads/2014/10/Beantwortung-der-Anfrage-zu-Abschiebungen-und-Abschiebep Praxis-in-K%C3%B6ln.pdf>.

Datum des Originals: 01.07.2015/Ausgegeben: 03.07.2015

Abschiebungen und Abschiebehaft erlassen, mit dem Ziel, Härten für die Betroffenen zu vermeiden.⁴

Anfragen nach der Zahl von Abschiebungen wurden nicht nur in den sogenannten Stadtstaaten beantwortet. Auch in den Bundesländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern erfolgten solche Aufstellungen auf kleine Anfragen hin.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Personen wurden zwischen 2010 und Juni 2015 aus NRW abgeschoben? (Bitte nach Jahr, Monat, Staatsangehörigkeit, Zielstaat und sog. Dublin-VO-Fällen aufschlüsseln)
2. Wie viele andere „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ hat es zwischen 2010 und Juni 2015 gegeben? (Bitte nach Art der Maßnahme aufschlüsseln)
3. Wie viele Alleinstehende, Ehepaare und Familien mit Kindern waren in den jeweiligen Jahren von einer Abschiebung betroffen? (Bitte nach Monat, Staatsangehörigkeit, Zielstaat und sog. Dublin-VO-Fällen aufschlüsseln)
4. Wie viele der abgeschobenen Personen waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge? (Bitte nach Monat, Staatsangehörigkeit, Zielstaat und sog. Dublin-VO-Fällen aufschlüsseln)
5. Wo findet man die in der Antwort der Kölner Verwaltung aufgezählten Erlasse usw.? (Bitte Links zu jedem einzelnen Erlass usw. angeben)

Frank Herrmann

⁴ http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=127958&_psmand=33.